

imperialistischen Westmächte auf deutschem Boden den Aufmarsch für einen neuen Weltkrieg vorbereiten können. Die Außenpolitik der Bonner Regierung ist auf die Einbeziehung Westdeutschlands in einen Krieg gegen das demokratische Deutschland, die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie gerichtet.

Demgegenüber können wir, gestützt auf unsere bisherigen Erfolge, die Aufgaben der Außenpolitik unserer Deutschen Demokratischen Republik folgendermaßen zusammenfassen:

1. Kampf für den Frieden, für das Verbot der Atomwaffe und für die Erklärung der Regierung zu Kriegsverbrechen, die als erste die Atomwaffe anwendet. Unversöhnlicher und aktiver Kampf gegen die Kriegsbrandstifter in Deutschland. Als Verbrechen am deutschen Volke erklären wir alle Verpflichtungen und Abkommen, die auf die Einbeziehung Deutschlands in einen neuen Krieg und in aggressive Kriegsblocks — einschließlich des Europarats, des Nordatlantikpaktes und des Schuman-Plans — gerichtet sind. Keine dieser Verpflichtungen und keines dieser Abkommen wird von uns jemals als rechtskräftig anerkannt werden.

Wir bekennen uns zur vollen und unbegrenzten Unterstützung der Kräfte in der ganzen Welt, die für den Frieden, die Gleichberechtigung und Freundschaft zwischen den Völkern eintreten.

2. Kampf für den schnellsten Abschluß eines gerechten Friedensvertrages mit Deutschland und darauffolgender Abzug aller Besatzungstruppen aus Deutschland.

3. Wiederherstellung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands auf demokratischen und friedlichen Grundlagen.

4. Enge und unzerstörbare Freundschaft Deutschlands mit der großen Sowjetunion, dem Bollwerk des Friedens und der Demokratie in der ganzen Welt. Allseitige Entwicklung unserer wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zur Sowjetunion.

5. Freundschaft mit den Ländern der Volksdemokratie, der Chinesischen Volksrepublik, Korea, Vietnam und allen anderen friedliebenden Völkern und Entfaltung unserer wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu ihnen.

6. Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zu allen Ländern, die eine Friedenspolitik betreiben und die nationalen Interessen des deutschen Volkes anerkennen.

7. Volle und bedingungslose Anerkennung der Potsdamer Beschlüsse über die Demokratisierung Deutschlands und die in ihnen vorgesehenen Verpflichtungen Deutschlands gegenüber anderen Völkern.

8. Aufrichtige und gewissenhafte Erfüllung der internationalen Verpflichtungen, die die Deutsche Demokratische Republik in ihren Abkommen mit anderen Ländern eingegangen ist.

9. Freier und ungehinderter Zugang Deutschlands zu den Weltmärkten. Besondere Förderung der Handelsbeziehungen Deutschlands mit der Sowjetunion, China und den Ländern Ost- und Südosteuropas als den natürlichen Handelspartnern Deutschlands. Abschluß langfristiger Handelsabkommen mit allen Ländern, die der deutschen Industrie gesicherten Absatz bieten sowie Rohstoffe und Halbfabrikate liefern.

10. Allseitige Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik als Bollwerk des Friedens und der Demokratie in Deutschland.

Demzufolge ist unsere Außenpolitik auf die Verteidigung des Friedens, auf den Kampf um die Einheit Deutschlands auf demokratischen Grundlagen, auf die Herstellung enger Beziehungen und vertrauensvoller Zusammenarbeit mit allen friedliebenden Völkern der Welt gerichtet.

Die Kriegsbrandstifter sollen wissen, daß ihre Pläne, Deutschland in einen verbrecherischen Krieg gegen die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie einzubeziehen, zu einem gründlichen Bankrott verurteilt sind. Wenn die imperialistischen Aggressoren das verbrecherische Abenteuer eines Krieges gegen die Sowjetunion wagen, so wird das deutsche Volk mit allen Kräften die Sowjetunion und das Friedenslager in ihrem Kampfe gegen die imperialistischen Aggressoren unterstützen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß ein derartiges Kriegsabenteuer des imperialistischen Lagers mit der vollständigen Niederlage des Imperialismus in Europa wie in Asien enden wird.

*

Die Arbeit der Berliner Parteiorganisation

Unsere Berliner Parteiorganisation hat selbstkritisch feststellen müssen, daß sie den Kampf um den Frieden vernachlässigt hat und ihn nicht so offensiv und durchschlagend entfaltet hat, wie das die Situation in Berlin erfordert. Sie hat das Friedentreffen der deutschen Jugend völlig ungenügend zur Entfaltung der Unterschriftensammlung für die Ächtung der Atombombe, für die Bildung von Friedenskomitees, für die breite Verankerung der Friedensbewegung ausgenutzt. Als besondere Schwäche der Berliner Parteiorganisation muß man es ansehen, daß sie dem Kampf der Erwerbslosen und Unterstützungsempfänger um ihre nackte Existenz, daß sie den Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter in den Betrieben nur ungenügende Aufmerksamkeit geschenkt hat. Sie hat es nicht verstanden, den Kampf um diese Tagesforderungen der Werktätigen mit den großen Fragen des Kampfes um die Einheit der Hauptstadt unserer Republik und um den Frieden zu verbinden.

Zu den entscheidenden ideologischen Schwächen gehört auch in Berlin das Zurückweichen vor der Hetze der imperialistischen Kriegstreiber, die sich gegen unsere Republik und ihre Friedenspolitik, gegen die Friedensgrenze an Oder

Sie eröffneten unserer Wirtschaft einen sicheren und aufnahmefähigen Absatzmarkt und den Zugang zu notwendigen Rohstoffen. Auf allen Gebieten fühlen wir die fürsorgliche und kameradschaftliche Unterstützung seitens der großen Sowjetunion und ihres Führers, des Genossen Stalin.

Während die westlichen imperialistischen Mächte Deutschland auf den Weg des Krieges drängen, der zur weiteren Schwächung und zur Zerstörung der Existenzgrundlagen der deutschen Nation führt, hat die Sowjetunion dem deutschen Volke den Weg des Friedens und des friedlichen Aufbaues, den Weg der Freundschaft und Zusammenarbeit mit allen friedliebenden Völkern gebahnt, der zum Aufbau eines starken und unabhängigen demokratischen Deutschland führt.

Eben deshalb ist die Freundschaft für immer mit der großen Sowjetunion das heilige Gebot für unsere gesamte Arbeit. Diese Freundschaft werden wir hegen und mit allen unseren Kräften festigen.

Das Deutschlandtreffen der Jugend und Genossen zu st die großen Massenversammlungen und Kundgebungen zeigen, daß die Freundschaft mit der Sowjetunion von immer breiteren Massen des Volkes getragen wird. Etwa 100.000 Mitglieder zählt sie unter ihrem neuen Präsidenten, dem Genossen Friedrich Ebert, die Lösung neuer großer und wichtiger Aufgaben mit neuer Energie in Angriff nehmen.

Alles das sind zweifellos große Erfolge. Es gab aber auch Fälle, in denen unserer Partei und der Republik feindlich gesinnte Elemente versuchten, die freundschaftlichen Beziehungen zu den sowjetischen Kontrollorganen notwendige Anlässe zu verweigern. Dieses Verhalten ist von uns scharf verurteilt worden. Das ist einzelfälle, aber sie geben mir Anlaß, von der Tribüne unseres Parteitag der Partei zu erklären, daß dies zu wiederholen, als feindliche Handlungen gegen die Republik und gegen unsere Partei zu betrachten sind, unabhängig davon, unter welchem Vorwand, aus welchem Anlaß und von wem solche Versuche unternommen werden.